

März 2012

Evaluation des Projekts „Schulen nach Bern“

Projektwochen 2011



N. Ritzer / A. Stadelmann / L. Hattersley / A. Maurer

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	4
1 Einführung	5
1.1 Politisches Lernen – Theoretische Hintergründe	5
1.2 „Schulen nach Bern“ – ein Projekt zur Förderung des politischen Bewusstseins	7
1.3 Die Projektwochen im Jahr 2011	8
2 Evaluation	9
2.1 Evaluationsfragen	9
2.2 Durchführung und Untersuchungsgruppen	10
2.3 Fragebogen	12
3 Ergebnisse	14
3.1 Ergebnisse zum Projekt „Schulen nach Bern“ allgemein	14
3.2 Ausgewählte Ergebnisse zu den Evaluationsfragen	15
3.2.1 E1: Interesse an Politik	16
3.2.2 E2: Politisches Selbstkonzept	17
3.2.3 E3: Einschätzung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik	18
3.2.4 E4: Grundwissen über politische Inhalte, Institutionen und Prozesse	19
3.2.5 E5: Bereitschaft zur aktiven Partizipation	21
4 Zusammenfassung und Fazit	27

Dank

Wir danken an dieser Stelle dem Verein „Schulen nach Bern“ unter dem Präsidium von Frau Dora Andres, alt Regierungsrätin, insbesondere der Projektleiterin Frau Katharina Andres Emch für die erfreuliche Zusammenarbeit mit dem Institut Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern).

Ein grosser Dank geht an alle Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler, welche sich bereit erklärt haben, an der Evaluation teilzunehmen und damit einen wertvollen Beitrag, nicht nur zu dieser Evaluation, sondern auch zur Weiterentwicklung der Politischen Bildung in der Schweiz geleistet haben.

Danken möchten wir auch den Übersetzerinnen des Fragebogens, Frédérique Sautin und Daniela Blum, den Studentinnen Frau Simone Sallin und Frau Olivia Koradi sowie der Hilfsassistentin Franziska Ryter.

Frau Prof. Dr. Andrea Schweizer, Leiterin des Instituts Sekundarstufe I der PHBern, danken wir herzlich für die Bereitstellung der Ressourcen für das Evaluationsprojekt.

Bern, März 2012, Nadine Ritzer, Andreas Stadelmann, Lisa Hattersley, Annette Maurer

Das Wichtigste in Kürze

Das Projekt „Schulen nach Bern“ wurde 2008 vom Verein „Schulen nach Bern“ ins Leben gerufen. Es versucht, mittels projektbasierten Lernens die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I darauf vorzubereiten, als verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben des Landes teilzunehmen. „Schulen nach Bern“ kombiniert das Lernen im Schulzimmer mit einem einwöchigen Planspiel in der Bundesstadt. Durch das Erleben politischer Prozesse sollen die Lernenden davon überzeugt werden, ihre politischen Rechte und Pflichten beim Erreichen der Volljährigkeit auch tatsächlich wahrzunehmen. Die erklärten Ziele (Z) dieses ambitionierten Projekts sind die folgenden:

- Z1) „Das Projekt ist in der Schweiz einzigartig und nimmt eine Pionierrolle in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Planspielen für den Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe I ein.
- Z2) Das Projekt fördert die Entwicklung des politischen Selbstkonzepts
- Z3) sowie die Motivation, als Erwachsene politisch aktiv zu werden.
- Z4) Vor und während der Projektwoche lernen die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennen.
- Z5) Die Jugendlichen werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.
- Z6) Die Jugendlichen entwickeln Verständnis für ein anderes politisches System.
- Z7) Die Schülerinnen und Schüler interessieren sich nach der Projektwoche für Politik [7a] und nehmen so rasch als möglich das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch [7b].“¹

Das Institut Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) begleitet das Projekt mittels einer Evaluation. Nach einem Testdurchlauf wurde 2011 eine Fragebogenerhebung mit 444 Schülerinnen und Schülern, die am Projekt teilgenommen haben, durchgeführt. Weiter konnten 291 Lernende in Kontrollklassen für die Befragung gewonnen werden. Die Evaluation wird in den nächsten Jahren fortgesetzt. Erste, vorläufige Ergebnisse zeigen Folgendes:

Die Lernenden geben an, dass ihnen das Projekt „Schulen nach Bern“ Freude bereitet hat. Weiter führte es zu einem Lernzuwachs: Die ersten Ergebnisse der vorliegenden Evaluation deuten darauf hin, dass die Teilnehmenden der Projektklassen in der Tat gewisse Wissensfragen zu politischen Institutionen und Prozessen besser beantworten können als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Kontrollklassen.

Auch in Bezug auf die Förderung der Entwicklung des politischen Selbstkonzepts lassen sich aufgrund der ersten Ergebnisse positive Resultate vermuten, zumindest was die Wichtigkeit anbelangt, welche die Jugendlichen der Auseinandersetzung mit Politik beimessen.

In Bezug auf die Zeit, welche Jugendliche täglich für die Information über Politik aufwenden, unterscheiden sich die Jugendlichen, die am Projekt teilgenommen haben, nicht von den Jugendlichen der Kontrollklassen. Bei rund $\frac{3}{4}$ der Befragten beträgt die aufgewendete Zeit weniger als 15 Minuten pro Tag.

Insgesamt zeigt sich ein Grossteil aller befragten Jugendlichen davon überzeugt, mit 18 die politischen Rechte wahrnehmen zu wollen – ohne Unterschiede zwischen den Projekt- und Kontrollklassen. Auch geben zahlreiche Jugendliche an, sich aktiv für ihre Anliegen einsetzen zu wollen.

¹ <http://www.schulen-nach-bern.ch/projekt/ziele.html> (24.2.2012).

1 Einführung

1.1 Politisches Lernen – Theoretische Hintergründe

„Es ist eine besondere Aufgabe, das politische Interesse in einer funktionierenden Wohlfahrtsdemokratie aufrecht zu erhalten.“ So äusserte sich Fritz Oser in einem Interview mit der NZZ am Sonntag am 6. Juli 2003 kurz nach dem Erscheinen seines Buches *Jugend ohne Demokratie*.² Der provokative Titel seines Buches bezog sich auf das schwache Abschneiden der Schweizer Lernenden bei der Studie *Citizenship and Education in Twenty-Eight Countries*. In dieser Studie wurden politisches Institutionenwissen geprüft und Fragen zum politischen Selbstkonzept³ (politisches Interesse und politische Haltungen) der Jugendlichen gestellt. Durchgeführt wurde die Studie von der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) im Jahre 1999. Es wurden dabei 94000 Lernende im Alter von 14 oder 15 Jahren aus 28 demokratischen Staaten befragt. Für die Schweiz nahmen 3104 Jugendliche von 15 Jahren aus 8. und 9. Klassen in 157 Schulen teil, repräsentativ über alle Schultypen und Sprachregionen verteilt.

Die Resultate waren ernüchternd, wenn auch nicht überraschend. Schon vier Jahre zuvor hatte Fritz Oser in einem Bericht zuhanden der EDK festgestellt, dass Politische Bildung nur noch (minimaler) politischer Unterricht bzw. (minimale) staatsbürgerliche Erziehung sei, aber längst nicht „Einführung in das Politische und Praxis eines dezidiert demokratischen Lebens.“ Verheerende Auswirkungen auf die Qualität der Politischen Bildung habe zudem eine spezifische Sichtweise, die sich in den letzten Jahren in der Schweiz habe ausbreiten können. Diese begreife die Welt der Menschen nicht mehr auch als Anstoss und Ärgernis, welche die Jugendlichen politisch werden lassen, sondern als eine Art Naturgeschehen, mit welchem man sich am besten arrangiere, weil es sich nicht verändern lasse.⁴ Eine solche Einstellung begünstigt die Vorstellung, dass man Politische Bildung getrost unterlassen könne, da sie sich im demokratischen Umfeld quasi automatisch vollziehe. In diesem Umfeld kann es gemäss Oser nicht verwundern, dass Politische Bildung als Schulfach verkümmert.

Gemäss Roland Reichenbach lässt sich ein kausaler Zusammenhang von Erziehung und Demokratie in Bezug auf das Politische im engeren und weiteren Sinn nur schwer nachweisen. Aufgrund der Komplexität und Intransparenz geht er sogar so weit, einen derartigen Zusammenhang ins Reich der Phantasien zu verbannen.⁵ Ablesen lässt sich

² Fritz Oser, Horst Biedermann: *Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern*. Zürich 2003.

³ In Anlehnung an die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung verstehen wir unter dem politischen Selbstkonzept das Zusammenwirken von drei grundlegenden Kompetenzbereichen der Politischen Bildung: (1) politische Analyse- und Urteilskompetenz, (2) Methodenkompetenz, (3) politische Entscheidungs- und Handlungskompetenz. Das bedeutet erstens die Einsicht in die Relevanz des Politischen für die eigene Lebenswelt und diejenige der Mitmenschen, zweitens die Bereitschaft, sich durch die kritische Auseinandersetzung mit politischen Themen in Medien eine eigene Meinung zu bilden und drittens begründete Urteile zu fällen und diese unter Einhaltung der demokratischen Spielregeln (und der Einsicht in deren Notwendigkeit) diskursiv und aktiv zu vertreten (vgl. Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE): *Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung an Schulen*. Ein Entwurf. Schwalbach/Ts 2004).

⁴ Fritz Oser, Roland Reichenbach: *Schlussbericht zum Mandat „Politische Bildung in der Schweiz“*, zuhanden der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK, Freiburg 1999, S. 37.

⁵ Roland Reichenbach: *Zwischen Polisidyll und massendemokratischem Realismus. Bemerkungen anlässlich einer Expertenbefragung zur Situation der politischen Bildung in der Schweiz*, Freiburg 1998, S. 21.

dieser mangelnde Zusammenhang mehrmals jährlich an tiefen Stimmbeteiligungen und der politischen Abstinentz vieler Stimmberechtigten, welche ihre Möglichkeiten im Kontext der institutionalisierten Politik eher gering einschätzen. Die Politisierung von Jugendlichen ist kein Selbstläufer und gerade in saturierten Wohlstandsgesellschaften mit funktionierenden demokratischen Institutionen besonders anspruchsvoll, weil die gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen weitgehend fehlen. Diesen besonderen Bedingungen der fehlenden Dringlichkeit muss sich die Bildung des Politischen in der Schweiz schon seit geraumer Zeit stellen – dies wird sich in nächster Zeit vermutlich kaum ändern.

Die Politische Bildung entwickelte sich in der Schweiz nach ihren Anfängen als Vaterlandskunde von der Staatskunde (éducation civique) als reiner Institutionenlehre über die Staatsbürgerkunde (éducation à la citoyenneté) zur allgemeinen Gesellschafts- oder Sozialkunde.⁶ Darin widerspiegelt sich eine Ausweitung der Ziele der Politischen Bildung von der Aneignung abgrenzbaren Fachwissens und Tugenden bis hin zum Erwerb überfachlicher Kompetenzen. Die Deutschschweiz wurde dabei vom Diskurs um diese Ausweitung der politischen Bildungsziele, wie er in Deutschland geführt wurde, wesentlich mitbeeinflusst.⁷ Gemäss aktuellem Diskurs muss es das Ziel Politischer Bildung sein, Interesse an Politik zu wecken und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Lernenden zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern werden, welche fähig sind, selbständig politische Urteile zu fällen. Dabei stellen sich mannigfaltige Probleme. Zum Beispiel gilt es zu klären, an welchen Werten sich die Ziele der Politischen Bildung orientieren sollen. Bernhard Sutor weist darauf hin: „[...] wir können Politik nicht verstehen als ‚Verwirklichung‘ oberster Werte, sondern als Regelung von Konflikten und als Ringen um die jeweils bessere Ordnung im Blick auf allgemein anerkannte Ziele, die als Richtwerte ständige Aufgabe bleiben [...]. Dem muss politische Bildung gerecht werden.“⁸ Auch in der Schweiz führte dieser Diskurs dazu, dass Politische Bildung in den Kernzielen weit über rein kognitive Kompetenzen hinausgeht und der Anspruch besteht, die politische Urteils- und Handlungskompetenz sowie die Methodenkompetenz der Lernenden zu fördern.⁹

Hinsichtlich der Ansprüche an die didaktische Qualität Politischer Bildung gibt es in der Politikdidaktik heute einen faktischen Basiskonsens: So gelten die didaktischen Prinzipien der Adressatenorientierung, des exemplarischen Lernens, der Problemorientierung, der Kontroversität sowie der Handlungs- und Wissenschaftsorientierung für die Planung von Lernangeboten,¹⁰ wobei sowohl die Ziele als auch die Didaktik Politischer Bildung stets auf der Grundlage des „Beutelsbacher Konsens“¹¹ fussen. Zusammengefasst lauten die drei Elemente dieses Konsenses: (1) Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); (2) Kontroversität (was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen); (3) Befähigung der Lernenden, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.¹¹

⁶ Martin Fenner, Rudolf Hadorn, Rudolf Strahm: Politszene Schweiz. Politik und Wirtschaft heute. Basel 1993.

⁷ Fritz Oser, Roland Reichenbach (1999): S. 37.

⁸ Bernhard Sutor: Theoretische Grundlagen, in: Wolfgang W. Mickel (Hg.): Handbuch zur politischen Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 66-67.

⁹ Daniel V. Moser, Pit Wiher: Historisches und politisches Wissen von Jugendlichen – am Ende der obligatorischen Schulzeit, S. 214, in: Peter Gautschi et.al (Hg.): Geschichtsunterricht heute. Eine empirische Analyse ausgewählter Aspekte. Bern 2007, S. 211-262.

¹⁰ Wolfgang Sander: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwalbach 2008, S. 190 ff.

¹¹ Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/> (5.12.2011).

1.2 „Schulen nach Bern“ – ein Projekt zur Förderung des politischen Bewusstseins

Nicht zuletzt um der konstatierten Ernüchterung nach der IEA-Studie entgegenzuwirken, wurde das Projekt „Schulen nach Bern“ ins Leben gerufen. Dieses geht von der Idee aus, dass Demokratie gelernt werden muss, damit sie gelebt werden kann. Diese Ansicht vertritt der 2008 gegründete Verein „Schulen nach Bern“ in Anlehnung an Jürgen Habermas.¹² Die Frage stellt sich, wie Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I darauf vorbereitet werden können, als verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben des Landes teilzunehmen. Wie können sie davon überzeugt werden, aktiv an den demokratischen Prozessen der Schweiz teilzunehmen? „Schulen nach Bern“ versucht mit einem innovativen Projekt einen möglichen Weg aufzuzeigen. Dieses kombiniert das Lernen im Schulzimmer mit einem einwöchigen Planspiel in der Bundesstadt. Die erklärten Ziele (Z) dieses Projektes sind laut Aussagen des Vereins die folgenden:

- Z1) „Das Projekt ist in der Schweiz einzigartig und nimmt eine Pionierrolle in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Planspielen für den Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe I ein.
- Z2) Das Projekt fördert die Entwicklung des politischen Selbstkonzepts
- Z3) sowie die Motivation, als Erwachsene politisch aktiv zu werden.
- Z4) Vor und während der Projektwoche lernen die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennen.
- Z5) Die Jugendlichen werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.
- Z6) Die Jugendlichen entwickeln Verständnis für ein anderes politisches System.
- Z7) Die Schülerinnen und Schüler interessieren sich nach der Projektwoche für Politik [7a] und nehmen so rasch als möglich das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch [7b].“¹³

Das Projekt ist wie folgt aufgebaut: Innerhalb des Klassenzimmers erarbeiten die Lernenden mit einem neu konzipierten Lehrmittel die Grundkenntnisse über die Schweizer Politik. Als „Bürgerinnen und Bürger“ arbeiten sie eine Volksinitiative aus, für welche sie mindestens 100 Unterschriften sammeln. Die Spielleitung prüft die Initiativen auf formale Korrektheit und die Bundeskanzlei verfasst dazu eine Botschaft. Weiter gründen die am Projekt teilnehmenden Klassen eine politische Partei mit einem fiktiven Namen, für welche sie ein Programm ausarbeiten und das Präsidium wählen. In Bern agieren die Klassen als Fraktionen des Nationalrats ihrer selbst gegründeten Partei. Als solche diskutieren sie die Initiativen der anderen Klassen sowie die bundesrätliche Botschaft.

Normalerweise partizipieren in einer Projektwoche fünf Klassen aus zwei verschiedenen Sprachregionen der Schweiz am Simulationsspiel. Nach einer Eröffnungssession, in welchem das Präsidium und Vizepräsidium des „Nationalrats“ des Planspiels gewählt werden, handeln die Schülerinnen und Schüler wie ihre Vorbilder als Nationalrätinnen und Nationalräte. In gemischten Kommissionen diskutieren sie die eingereichten Initiativen, arbeiten Gegenvorschläge und Stellungnahmen aus, welche sie in ihre „Fraktionen“ zurücktragen. Der Höhepunkt des Simulationsspiels ist die „Nationalratsdebatte“ im Nationalratssaal. Nach anstrengenden Diskussionen und Aushandlungsprozessen findet, nicht selten vor den Augen von ehemaligen oder aktiven Bundesratsmitgliedern und weiteren Politikerinnen und Politikern, die Schlussdebatte über die eingereichten Initiativen statt. Die Lernenden präsentieren ihre Initiativen, ihre Gegenvorschläge, ihre Pro- und Kontrapositionen. Auch die Vertreterin oder der Vertreter des Bundesrates (verschiedene alt Bundesrätinnen und Bundesräte haben sich bereits für diese „Rolle“ gewinnen lassen) nimmt Stellung zu den jeweiligen Initiativen und Gegenvorschlägen.

¹² <http://www.schulen-nach-bern.ch/projekt.html> (22.8.2011).

¹³ <http://www.schulen-nach-bern.ch/projekt/ziele.html> (24.2.2012).

Schliesslich stimmen die jungen „Politikerinnen und Politiker“ über die Empfehlung respektive Nichtempfehlung der Initiativen ab.

Neben diesen Tätigkeiten finden weitere Aktivitäten in Bern statt, so etwa der Besuch einer ausländischen Botschaft, bei dem die Lernenden auch andere politische Systeme kennenlernen können. Auch ein historischer Rundgang durch die Bundesstadt wird mit den Jugendlichen durchgeführt.

1.3 Die Projektwochen im Jahr 2011

2011 war ein Wahljahr, weshalb das Bundeshaus im Herbst stark frequentiert wurde. Dies führte dazu, dass ausnahmsweise alle fünf Projektwochen im Zeitraum zwischen Mitte Februar und Mitte April durchgeführt wurden. Jede teilnehmende Klasse wurde in der Projektwoche von zwei Lehrpersonen begleitet und von einer Studentin oder einem Studenten des Instituts Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) betreut.

Es hatten 26 Klassen verteilt auf die fünf Wochen am Projekt teilgenommen. Je vier Klassen kamen aus der welschen und italienischen die restlichen aus der deutschen Schweiz (vgl. Tabelle 1). Diese 26 Klassen umfassten insgesamt 537 Schülerinnen und Schüler.

Tabelle 1: Klassen, die am Projekt "Schulen nach Bern" teilgenommen haben, nach Sprache

Projektwoche	Datum	Klassen nach Sprache			Total
		Deutsch	Französisch	Italienisch	
1	14.2. – 18.2.	3	2	0	5
2	21.2. – 25.2.	5	1	0	6
3	28.3. – 01.4.	4	1	0	5
4	04.4. – 08.4.	3	0	2	5
5	11.4. – 15.4.	3	0	2	5
Total		18	4	4	26

2 Evaluation

Es stellt sich die Frage, ob dieses aufwendig gestaltete Projekt die eingangs formulierten Ziele zu erreichen vermag. Um dies zu überprüfen, wurde das Institut Sekundarstufe I der PHBern mit der Evaluation beauftragt. Bevor die Ergebnisse dargelegt werden, werden in diesem Abschnitt die Evaluationsfragen, die Durchführung der Untersuchung, die Untersuchungsgruppen sowie das Messinstrument vorgestellt. Im letzten Kapitel werden schliesslich die wichtigsten Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst dargestellt.

2.1 Evaluationsfragen

Auf der Grundlage der eingangs aufgeführten Projektziele (Z) wurden die folgenden Evaluationsfragen (E) entwickelt:

Projektziele „Schulen nach Bern“	Evaluationsfragen
Z7a) Die Schülerinnen und Schüler interessieren sich nach der Projektwoche für Politik.	E1) Interessieren sich die Teilnehmenden des Projekts stärker für Politik als Lernende der Kontrollklassen?
Z2) Das Projekt fördert die Entwicklung des politischen Selbstkonzepts.	E2) Zeigen sich Unterschiede im politischen Selbstkonzept der Lernenden zwischen Projektklassen und Kontrollklassen?
Z5) Die Jugendlichen werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.	E3) Gibt es Unterschiede in der Einschätzung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik zwischen Projekt- und Kontrollklassen?
Z4) Vor und während der Projektwoche lernen die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennen.	E4) ¹⁴ Verfügen die Teilnehmenden des Projekts über zentrales Grundwissen in Bezug auf die politischen Inhalte, Institutionen und Prozesse des demokratischen Systems der Schweiz?
Z3) Das Projekt fördert die Motivation, als Erwachsene politisch aktiv zu werden. Z7b) Die Schülerinnen und Schüler nehmen so rasch als möglich das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch.	E5) Sind die Lernenden der Projektklassen eher zur aktiven Partizipation an der Politik bereit als die Lernenden der Kontrollklassen?
Z6) Die Jugendlichen entwickeln Verständnis für ein anderes politisches System.	E6) Unterscheiden sich Projekt- und Kontrollklassen bezüglich der Einschätzung anderer politischer Systeme?
Z1) ¹⁵ Das Projekt ist in der Schweiz einzigartig und nimmt eine Pionierrolle in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Planspielen für den Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe I ein.	

¹⁴ Für diese erste Evaluation wird nicht zwischen „vor und während der Projektwoche“ unterschieden.

¹⁵ Die Evaluation von Projektziel 1 ist nicht vorgesehen, da diese den Rahmen der Untersuchung sprengen würde.

Die Hauptziele der Evaluation sind erstens Vergleiche zwischen Projekt- und Kontrollklassen bezüglich des Wissens über politische Prozesse und Institutionen sowie bezüglich der Einstellung der Schülerinnen und Schüler zur Politik. Zweitens soll nach ein paar Jahren eruiert werden, ob sich die ehemaligen Projektteilnehmenden bezüglich ihrer Einstellung zur Politik und der aktiven Partizipation an politischen Prozessen längerfristig von Lernenden der Kontrollklassen unterscheiden.

2.2 Durchführung und Untersuchungsgruppen

Die verantwortlichen Lehrpersonen wurden aufgefordert, eine Klassenliste auszufüllen. Pro Schülerin und Schüler war eine Identifikationsnummer aufgeführt. Die Namen der Schülerinnen und Schüler wurden dem Institut Sekundarstufe I nicht mitgeteilt. Somit wurde die Anonymität der Befragung gewährleistet. Die zugeteilte Nummer war die Zugangsnummer für die Online-Befragung. Die Lehrpersonen hatten von der PHBern die Nummern auch auf Kärtchen erhalten, so dass sie diese den Schülerinnen und Schülern austeilen konnten. Das sollte einen reibungslosen Ablauf ermöglichen. Die Befragung fand jeweils in der ersten Woche nach der Projektwoche statt und dauerte eine Lektion.

Die Lehrpersonen wurden zusätzlich gebeten, eine Klasse als Kontrollklasse anzumelden, die der am Projekt teilnehmenden Klasse möglichst ähnlich war (z. B. in Bezug auf das Alter der Lernenden und das Niveau der Klasse). Diese Kontrollklassen füllten den gleichen Fragebogen wie die Projektklassen aus, allerdings wurden die Fragen zu der Projektwoche ersatzlos gestrichen.

Von den 26 angemeldeten Klassen haben 22 an der Evaluation der Projektwoche teilgenommen (vgl. Tabelle 2). 444 der 537 an einer der fünf Projektwochen im Jahr 2011 beteiligten Schülerinnen und Schüler haben den Fragebogen ausgefüllt. Der Rücklauf liegt bei 83%.

Tabelle 2: Projektklassen nach Sprache

Projektwoche	Datum	Klassen nach Sprache			Total
		Deutsch	Französisch	Italienisch	
1	14.2. – 18.2.	3	2	0	5
2	21.2. – 25.2.	3	1	0	4
3	28.3. – 01.4.	3	1	0	4
4	04.4. – 08.4.	3	0	1	4
5	11.4. – 15.4.	3	0	2	5
Total		15	4	3	22

An der Untersuchung haben sich 15 Kontrollklassen mit insgesamt 291 Schülerinnen und Schülern beteiligt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Kontrollklassen nach Sprache

Projektwoche	Datum	Klassen nach Sprache			Total
		Deutsch	Französisch	Italienisch	
1	14.2. – 18.2.	3	1	0	4
2	21.2. – 25.2.	2	1	0	3
3	28.3. – 01.4.	2	1	0	3
4	04.4. – 08.4.	1	0	0	1
5	11.4. – 15.4.	2	0	2	4
Total		10	3	2	15

Zwischen den beiden Untersuchungsgruppen gibt es keine signifikanten Geschlechtsunterschiede. Die Projekt- und die Kontrollklassen unterscheiden sich jedoch bezüglich Sprache. In den Kontrollklassen sind die italienischsprachigen Schülerinnen und Schüler deutlich unterrepräsentiert. Es haben nur zwei kleine italienischsprachige Kontrollklassen an der Untersuchung teilgenommen.

Die Sprachgruppen unterscheiden sich zudem bezüglich Alter. Die 506 deutschsprachigen Untersuchungsteilnehmenden sind im Durchschnitt 15.5 Jahre alt, die 149 französischsprachigen ein Jahr jünger, und die 80 italienischsprachigen Lernenden sind sogar nur gut 14 Jahre alt. Zudem sind die französisch- und deutschsprachigen Projektteilnehmenden im Durchschnitt nur wenig älter als ihre Kolleginnen und Kollegen der Kontrollklassen. Die italienischsprachige Kontrollgruppe dagegen ist mit 13.2 Jahren deutlich jünger als die entsprechende Projektgruppe (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Untersuchungsgruppen nach Alter

Sprache	Gruppe	Alter	N	Stdev
Deutsch	Projektgruppe	15.6	297	0.88
	Kontrollgruppe	15.4	209	0.88
Französisch	Projektgruppe	14.6	83	1.23
	Kontrollgruppe	14.4	66	1.08
Italienisch	Projektgruppe	14.3	64	0.50
	Kontrollgruppe	13.2	16	0.54
Total	Projektgruppe	15.2	444	1.06
	Kontrollgruppe	15.1	291	1.10

Auf Vergleiche zwischen den Sprachgruppen im Jahr 2011 wird verzichtet. Altersunterschiede zwischen Projekt- und Kontrollklassen werden indes berücksichtigt. Die Befragten wurden in drei möglichst gleich grosse Altersgruppen eingeteilt: Der jüngsten Gruppe gehören die Schülerinnen und Schüler an, die jünger sind als 15 Jahre, der ältesten Gruppe diejenigen, die älter sind als 15 Jahre. Die mittlere Gruppe umfasst die 15-Jährigen Schülerinnen und Schüler (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Altersgruppen nach Untersuchungsgruppen

Altersgruppe	Projektgruppe	Kontrollgruppe	Total
Weniger als 15 Jahre alt	115	77	192
15 Jahre alt	145	118	263
Mehr als 15 Jahre alt	184	96	280
Total	444	291	735

Wenn signifikante Unterschiede zwischen den Untersuchungsgruppen (zum Teil) auf Altersunterschiede zurückzuführen sind, werden diese berichtet.

2.3 Fragebogen

Für das Projekt wurde ein Fragebogen entwickelt, welcher sich zum einen auf das neue Lehrmittel und die Inhalte des Projekts stützt, zum andern aber auch Anleihen bei bereits bestehenden Untersuchungen zur politischen Partizipation und zur Politischen Bildung macht, von denen einzelne Fragen oder ganze Frageblöcke übernommen wurden.¹⁶ Zur Evaluationsfrage 6 („Unterscheiden sich Projekt- und Kontrollklassen bezüglich der Einschätzung anderer politischer Systeme?“) wurden erst wenige Fragen gestellt, damit die Beantwortung des Fragebogens nicht zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Auf eine Darstellung dieser Evaluationsfrage wird an dieser Stelle verzichtet. In einer späteren Befragung wird dieser Evaluationsfrage grösseres Gewicht gegeben. Um die Projektziele zu überprüfen, beinhaltet der Fragebogen verschiedene Gruppen von Fragen:

- 1) Zuerst werden allgemeine und administrative Fragen zum Projekt, insbesondere zum Simulationsspiel, gestellt.
- 2) Weiter werden demografische Daten (Geschlecht, Alter, Sprache) erhoben.
- 3) In einem ersten Teil der inhaltlichen Erhebung zur Politischen Bildung geht es darum, das Interesse an der Politik zu erfassen und zu eruieren, wie, wo und wie häufig sich die Lernenden über Politik informieren (z. B. „Um mich über Politik zu informieren, wende ich täglich so viel Zeit auf“).
- 4) In einem weiteren Frageblock wird erfragt, ob die Lernenden bereit sind, sich an den politischen Prozessen aktiv zu beteiligen und wie sie ihre Einflussmöglichkeiten als Bürgerinnen und Bürger einschätzen.
- 5) Der Fragebogen umfasst weiter Fragen zur Erhebung des politischen Selbstkonzepts (z. B. „Fändest du es gut, wenn man bereits mit 16 Jahren abstimmen und wählen dürfte? Begründe deine Antwort“).
- 6) Ein weiterer Fragekomplex erfasst das Wissen über die politischen Institutionen (z. B. „Wer bildet die Exekutive (ausführende Behörde) auf Bundesebene?“) und die demokratischen Prozesse (z. B. „Wann ist eine Initiative auf Bundesebene vom Volk angenommen?“).
- 7) Ein letzter kurzer Teil des Fragebogens erhebt das historische Bewusstsein in Bezug auf die Schweizer Geschichte (z. B. „Die Demokratie der Schweiz ist uralte“). Diese Fragen werden an dieser Stelle nicht ausgewertet.

¹⁶ Fritz Oser, Horst Biedermann: Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern. Zürich 2003; Christine Bieri Buschor, Esther Forrer: Cool, kompetent und kein bisschen weise. Chur 2005; Luca Bertossa, Karl W. Haltiner, Ruth Meyer Schweizer: Werte und Lebenschancen im Wandel. Chur 2008.

Für die Erhebungen waren je sechs Fragebogenversionen nötig: je eine deutsch-, eine französisch- und eine italienischsprachige Version für die Projekt- und die Kontrollklassen.

3 Ergebnisse

3.1 Ergebnisse zum Projekt „Schulen nach Bern“ allgemein

Die Schülerinnen und Schüler sind mit dem Projekt sehr zufrieden. Mehr als 90% würden das Projekt „Schulen nach Bern“ weiterempfehlen. Auch die Projektwoche hat ihnen gut gefallen und sie geben an, viel gelernt zu haben. Die Studentin oder der Student des Instituts der PHBern, welche oder welcher der Klasse zugeteilt wurde, war laut Angaben der Lernenden eine grosse Hilfe (vgl. Tabelle 6).

Die Schülerinnen und Schüler hatten die Lehrinhalte der Projektwoche gut begriffen. Sie mussten nach eigener Aussage nicht zu viel Material verarbeiten und für die Lektüre insgesamt wurde genügend Zeit eingeplant. Allerdings stimmt fast ein Drittel der Befragten der Aussage zu (N=25) oder eher zu (N=95), dass sie für die Fraktionssitzungen zu viel haben lesen müssen. 127 Schülerinnen und Schüler stimmen gar nicht und 179 eher nicht zu. Die Anforderungen, die in der Projektwoche an die Lernenden gestellt wurden, waren somit grossmehrheitlich gut auf die Schülerinnen und Schüler abgestimmt.

Tabelle 6: Zufriedenheit mit dem Projekt geordnet nach Zustimmung

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt gar nicht	Total
Das Projekt „Schulen nach Bern“ würde ich anderen Klassen empfehlen.	301	100	17	12	430
Die Betreuungsperson, die unserer Klasse zugeteilt wurde, war uns eine grosse Hilfe.	295	106	23	13	437
Die Projektwoche hat mir sehr gut gefallen.	226	175	32	3	436
In dieser Woche habe ich viel gelernt.	184	218	27	6	435
Für die Lektüre wurde mir in dieser Woche genügend Zeit zur Verfügung gestellt.	130	194	60	12	396
Die Nationalratsdebatte hat mich richtig gepackt.	155	182	70	26	433
Diese Woche war anstrengender als eine gewöhnliche Schulwoche.	89	119	123	95	426
Insgesamt haben wir in dieser Woche zuviel Material verarbeiten müssen.	23	82	194	134	433
In dieser Woche habe ich meistens nicht begriffen, worum es geht.	16	30	110	273	429

Die Nationalratsdebatte hat rund drei Viertel der Schülerinnen und Schüler richtig gepackt (vgl. Tabelle 6). 331 der Befragten haben das Wort ergriffen, um ihre Meinung in der Debatte kund zu tun. 128 Schülerinnen und Schüler haben das nicht getan.

An den Projektwochen „Schulen nach Bern“ nehmen immer Klassen aus mindestens zwei verschiedenen Sprachregionen der Schweiz teil. Obschon die Befragten mehrheitlich (68%) der Meinung sind, es gäbe grosse Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern der verschiedenen Sprachregionen (vgl. Tabelle 7), haben sie die Gelegenheit beim Schopf gepackt und Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen der anderen

Sprachregion gepflegt (52%). Die als gross empfundenen Unterschiede könnten allerdings auch darauf zurückzuführen sein, dass sich die Schülerinnen und Schüler bezüglich Alter unterscheiden (siehe oben). Mehr als die Hälfte (53%) möchte trotzdem nicht, dass nur eine Sprachregion an einer Projektwoche teilnehmen könnte.

38% der Befragten werden mit mindestens einer Schülerin oder einem Schüler aus der anderen Sprachregion in Kontakt bleiben und 34% sind der Meinung, dass sie in der Projektwoche ihre Sprachkenntnisse haben erweitern können (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Aussagen zur Mehrsprachigkeit des Projekts geordnet nach Zustimmung

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt gar nicht	Total
Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern der drei verschiedenen Sprachregionen.	125	159	101	34	419
Während dieser Woche habe ich Kontakte mit Schülerinnen und Schülern anderer Sprachregionen gepflegt.	117	103	106	101	427
Es wäre besser, wenn in einer Woche nur Schülerinnen und Schüler aus derselben Sprachregion mitmachen würden.	102	96	78	144	420
Ich werde mit mind. einer Schülerin oder einem Schüler aus einer anderen Sprachregion in Kontakt bleiben.	98	60	68	190	416
Während der Projektwoche in Bern habe ich meine Fremdsprachenkenntnisse erweitern können.	38	103	119	161	421

3.2 Ausgewählte Ergebnisse zu den Evaluationsfragen

Nachfolgend werden Ergebnisse zu fünf der sechs Evaluationsfragen vorgestellt. Zur sechsten Evaluationsfrage wurden, wie erwähnt, bisher nur wenige Daten erhoben. In einem künftigen Fragebogen wird diesem Punkt vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt.

In einigen der Evaluationsfragen ist die Frage nach Unterschieden zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen zentral. In Zusammenhang mit den Unterschieden zwischen den Projekt- und Kontrollklassen zeigen sich z. T. auch Unterschiede zwischen den drei Altersgruppen der unter 15-Jährigen, der 15-Jährigen und der über 15-Jährigen. Diese Gruppenunterschiede werden – wenn nicht anders vermerkt – nur dann berichtet, wenn sie statistisch signifikant sind.¹⁷ Durch die Rundung der Ergebnisse ergibt die Summe der berichteten Prozentwerte nicht immer genau 100%.

Für die Auswertung der Ergebnisse zu den Evaluationsfragen werden bei den Aussagen und den graphischen Darstellungen mit den vorgegebenen Antwortkategorien „stimme voll zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme gar nicht zu“ die ersten beiden zur Antwortkategorie „stimme eher/voll zu“ und die letzten beiden zur Antwortkategorie „stimme eher nicht/gar nicht zu“ zusammen genommen.

¹⁷ Hier wird der Chi-Quadrat-Test verwendet, um zu prüfen, ob zwei Variablen abhängig oder unabhängig voneinander sind (vgl. z. B. Jürgen Bortz, Nicola Döring: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg 2009; Andy Field: Discovering Statistics Using SPSS. London 2009).

3.2.1 E1: Interesse an Politik

Das Interesse an Politik wurde anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Ich interessiere mich für Politik“ und „Ich informiere mich täglich über Politik“ als auch anhand der Zeit, die täglich für die Information über Politik aufgewendet wird, erhoben.¹⁸

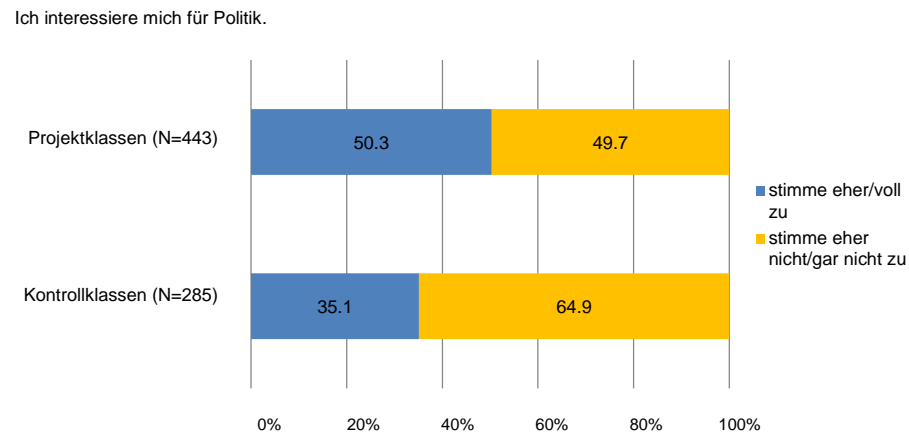


Abbildung 1: Einschätzung des Interesses an Politik

Insgesamt 44.4% von 728 Befragten geben an, sich für Politik zu interessieren. Bezüglich dieses Interesses an Politik gibt es Unterschiede¹⁹ zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen. Die Schülerinnen und Schüler der Projektklassen stimmen der Aussage „Ich interessiere mich für Politik“ häufiger eher oder voll zu (50.3%) als dies die Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen (35.1%) tun (vgl. Abbildung 1). Dieser Unterschied ist auf die Altersgruppe der 15-Jährigen zurückzuführen, bei denen sich die Teilnehmenden in den Projektklassen wesentlich häufiger für Politik interessieren als es die Teilnehmenden der Kontrollklassen tun.

Sowohl bei der Zustimmung zur Aussage „Ich informiere mich täglich über Politik“ als auch bei der täglich aufgewendeten Zeit, die eingesetzt wird, um sich über Politik zu informieren, unterscheiden sich die Teilnehmenden der Projekt- und Kontrollklassen nicht.

Voll oder ganz stimmen der Aussage „Ich informiere mich täglich über Politik“ insgesamt 30.5% zu, während 69.5% angeben, sich (eher) nicht täglich über Politik zu informieren (vgl. Abbildung 2). 77.2% der Schülerinnen und Schüler wenden denn auch pro Tag weniger als 15 Minuten auf, um sich über Politik zu informieren (vgl. Abbildung 3).

¹⁸ Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben: „mehr als eine 1h“, „30min bis 1h“, „15 bis 30min“, „5 bis 15min“ und „weniger als 5 min“.

¹⁹ Es werden nur statistisch signifikante Unterschiede (5% Signifikanzniveau) berichtet (Chi-Quadrat-Test). Entsprechend sind, wenn von keinen Unterschieden die Rede ist, keine signifikanten Unterschiede gemeint.

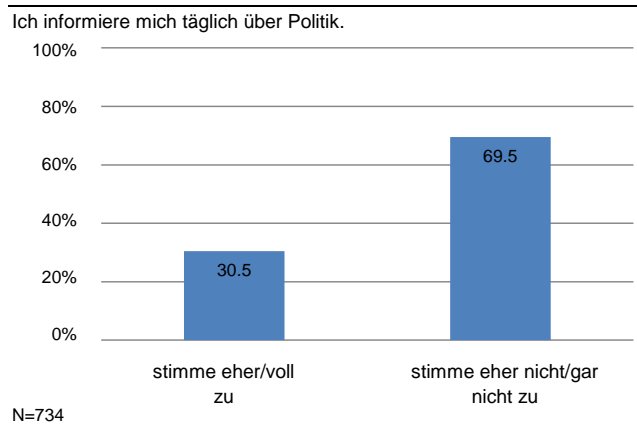


Abbildung 2: Einschätzung der täglichen Information über Politik

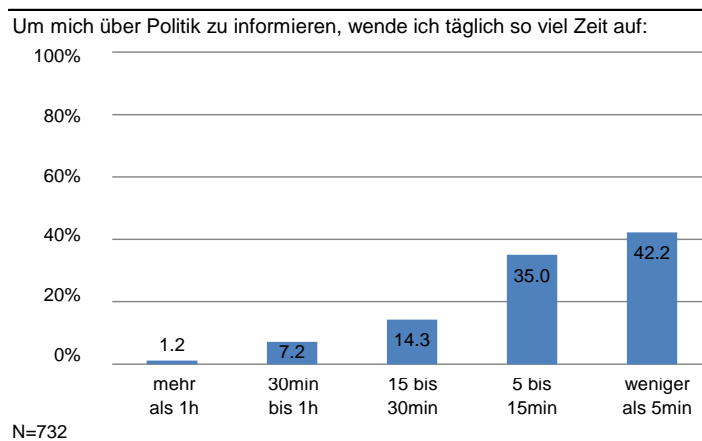


Abbildung 3: Einschätzung der Zeit, die täglich aufgewendet wird, um sich über Politik zu informieren

3.2.2 E2: Politisches Selbstkonzept

Um etwas darüber in Erfahrung zu bringen, wie weit das politische Selbstkonzept bei den Lernenden entwickelt ist, wurde die Zustimmung zu vier Aussagen erfragt (vgl. Abbildung 4).

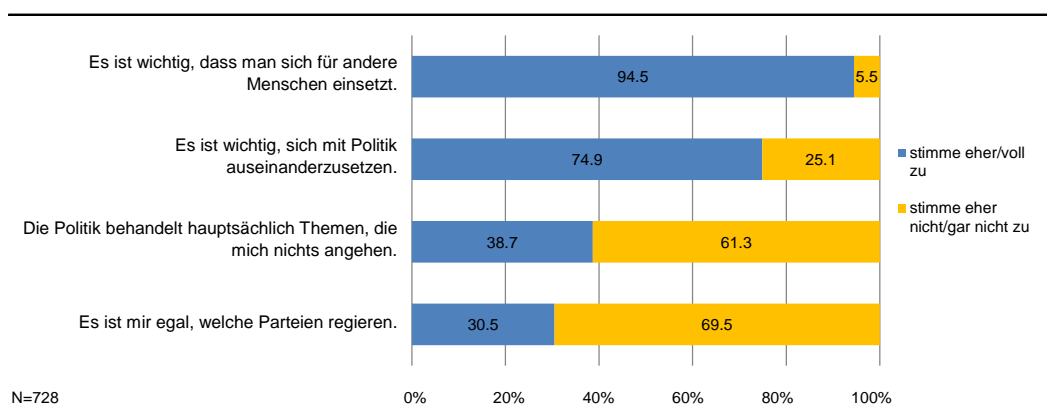


Abbildung 4: Einschätzung der Aussagen zum politischen Selbstkonzept

Insgesamt ist eine sehr grosse Mehrheit der Lernenden (94.5%) der Ansicht, dass es wichtig ist, sich für andere Menschen einzusetzen und 74.9% finden, dass es wichtig ist, sich mit Politik auseinanderzusetzen. 38.7% der Befragten sind der Meinung, dass die von der Politik hauptsächlich behandelten Themen sie nichts angehen. Zuletzt geben 30.5% der befragten Jugendlichen an, dass es ihnen (eher) egal ist, welche Parteien regieren.

Die Zugehörigkeit zu einer Projekt- oder einer Kontrollklasse – und damit die Teilnahme am Projekt „Schulen nach Bern“ – hat einerseits einen Einfluss in Bezug auf die Aussage zur Wichtigkeit, sich mit Politik auseinanderzusetzen, und andererseits auf die Aussage „Die Politik behandelt hauptsächlich Themen, die mich nichts angehen“. Die Auseinandersetzung mit Politik ist den Schülerinnen und Schülern der Projektklassen (N=443) wichtiger (79.2% stimmen zu) als den Kontrollklassen (N=285, 68.1% stimmen zu), was auf die grössere Zustimmung bei den Altersgruppen der unter 15-Jährigen und der 15-Jährigen zurückzuführen ist. Der Aussage „Die Politik behandelt hauptsächlich Themen, die mich nichts angehen“ stimmen umgekehrt Teilnehmende der Kontrollklassen häufiger zu (43.5%) als Teilnehmende der Projektklassen (35.7%), was wiederum auf die beiden Altersgruppen der unter 15-Jährigen und der 15-Jährigen zurückgeführt werden kann (Projektklassen N=443; Kontrollklassen N=285).

3.2.3 E3: Einschätzung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik

Die Einschätzung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik wurde anhand der Zustimmung zu den Aussagen „Politiker können Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ und „Ich kann als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ erfasst.

Insgesamt sind 89.7% der Befragten der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker einen Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen können. Hierbei gibt es Unterschiede zwischen den Lernenden der Projekt- und der Kontrollklassen. Innerhalb der Projektklassen sind es 92.8% und innerhalb der Kontrollklassen 84.9%, die der Aussage zustimmen (vgl. Abbildung 5). Die Lernenden der Projektklassen sind somit häufiger der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker einen Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen können, was auf Unterschieden in der Altersgruppe der 15-Jährigen beruht.

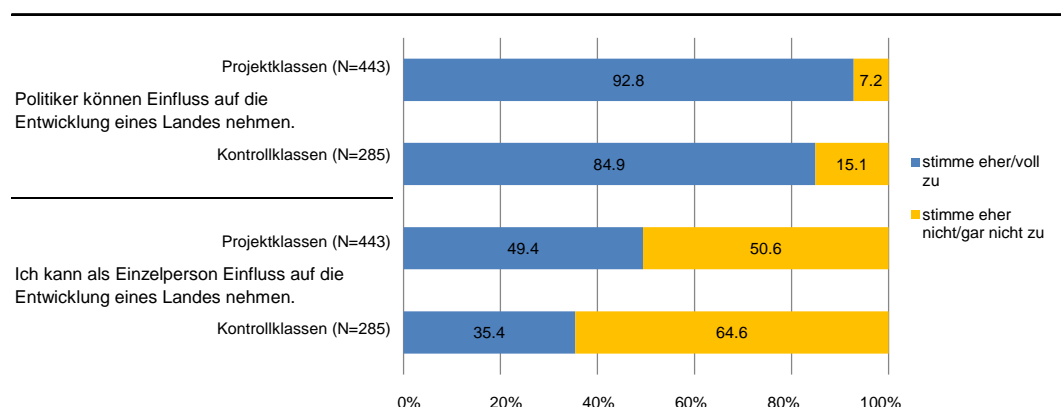


Abbildung 5: Einschätzung des Einflusses auf die Entwicklung eines Landes nach Projekt- und Kontrollklassen

Der Aussage „Ich kann als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ stimmen insgesamt 44.0% der Lernenden zu, womit die Mehrheit (56.0%) davon ausgeht, als Einzelperson nur schwer Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen zu können. Die Projekt- und Kontrollklassen unterscheiden sich auch hier:

Schülerinnen und Schüler der Projektklassen sind häufiger der Ansicht, dass sie als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen können (49.4%) als es die Lernenden der Kontrollklassen sind (35.4%) (vgl. Abbildung 5). Dieser Unterschied ist ebenfalls auf die Altersgruppe der 15-Jährigen zurückzuführen.

3.2.4 E4: Grundwissen über politische Inhalte, Institutionen und Prozesse

Um feststellen zu können, ob die Teilnehmenden am Projekt „Schulen nach Bern“ über ein zentrales Grundwissen in Bezug auf die politischen Inhalte, Institutionen und Prozesse des demokratischen Systems der Schweiz verfügen, wurden verschiedene Wissensfragen gestellt, beispielsweise zu Instrumenten der halbdirekten Demokratie, zur Gewaltenteilung und den drei staatlichen Gewalten sowie zur Arbeitsweise der Kommissionen und Fraktionen. Es muss hervorgehoben werden, dass einzelne Themen im Projekt explizit besprochen und/oder im Simulationsspiel nachgeahmt wurden („Was ist eine parlamentarische Kommission?“, „Wie viele Unterschriften braucht es für eine Volksinitiative auf Bundesebene?“ „Jeder hat das Recht, bei Volksinitiativen zu unterschreiben.“²⁰)

Welche Ergebnisse lassen sich aufgrund der ersten Evaluation eruieren?

Die offen gestellte Frage „Wie viele Unterschriften braucht es für eine Volksinitiative auf Bundesebene?“ können insgesamt 60.3% aller Befragten richtig beantworten. Innerhalb der Projektklassen wussten 87.2% und innerhalb der Kontrollklassen 19.2% der Schülerinnen und Schüler, wie viele Unterschriften auf Bundesebene für eine Volksinitiative erforderlich sind (vgl. Abbildung 6).

Dass die Aussage „Jede/r hat das Recht, bei Volksinitiativen zu unterschreiben“²¹ nicht zutrifft und somit die richtige Antwort geben insgesamt 71.9% der befragten Jugendlichen. Innerhalb der Projektklassen sind es 85.1% und innerhalb der Kontrollklassen 51.1% (vgl. Abbildung 6), welche die Frage richtig beantworten. Wann eine Initiative auf Bundesebene vom Volk angenommen ist,²² können insgesamt lediglich 29.8% der Schülerinnen und Schüler korrekt beantworten. Von den Teilnehmenden der Projektklassen sind es 37.8% gegenüber 17.2% der Teilnehmenden der Kontrollklassen (vgl. Abbildung 6).

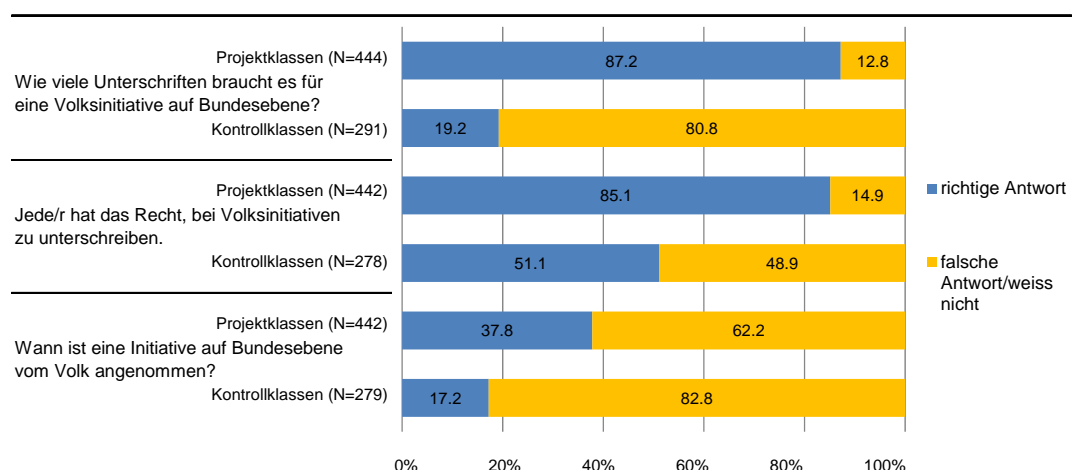


Abbildung 6: Grundwissen bezüglich Volksinitiativen nach Projekt- und Kontrollklassen

²⁰ Auflistung der Themen gemäss Angaben von Daniel V. Moser (Verein „Schulen nach Bern“).

²¹ Vorgegebene Antwortmöglichkeiten: „richtig“, „falsch“, „weiss nicht“.

²² Vorgegebene Antwortmöglichkeiten: „Wenn die Mehrheit der stimmenden Bevölkerung zustimmt“, „Wenn die Mehrheit der Kantone zustimmt“, „Wenn die Mehrheit der Kantone und der stimmenden Bevölkerung zustimmt“, „Wenn die Mehrheit der Bevölkerung zustimmt“, „weiss nicht“.

Bei allen drei genannten Fragen zur Volksinitiative gibt es Unterschiede zwischen den Projekt- und Kontrollklassen: Schülerinnen und Schüler der Projektklassen beantworten die Fragen deutlich häufiger richtig als die Lernende der Kontrollklassen tun. Bei der Frage „Wann ist eine Initiative auf Bundesebene vom Volk angenommen?“ sind diese Unterschiede auf Unterschiede in den Altersgruppen der unter 15-Jährigen und der 15-Jährigen zurückzuführen.

Die Frage, wer in der Schweiz den Bundesrat wählt,²³ haben von 715 Befragten insgesamt 35.2% richtig beantwortet. Hierbei unterscheiden sich die Projekt- und Kontrollklassen erneut insofern, als dass die Teilnehmenden der Projektklassen die Frage häufiger korrekt beantworten: 42.4% der Lernenden der Projektklassen und 23.9% der Teilnehmenden der Kontrollklassen haben die richtige Antwort angegeben (Projektklassen N=439; Kontrollklassen N=276). Somit haben bei den Projektklassen 57.6% und bei den Kontrollklassen 76.1% entweder die falsche Antwort gegeben oder „weiss nicht“ angekreuzt. Der Unterschied ist auf die Altersgruppen der unter 15-Jährigen und der 15-Jährigen zurückzuführen.

Insgesamt 57% der befragten Jugendlichen sind in der Lage, die Namen von vier Bundesräten/Bundesrätinnen aufzuzählen, 22.5% können einen bis drei Namen korrekt nennen. Die restlichen 20.5% können keinen Bundesrat und keine Bundesrätin aufführen. Wiederum unterscheiden sich die Schülerinnen und Schüler der Projekt- und der Kontrollklassen: Teilnehmende der Projektklassen können mit 65.1% wesentlich häufiger vier Bundesräte und/oder Bundesrätinnen nennen als Teilnehmende der Kontrollklassen, bei denen 44% die Namen von vier Exekutivmitgliedern aufzählen können. Umgekehrt nennen Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen häufiger nur einen bis drei bzw. keinen Namen korrekt als es bei Teilnehmenden der Projektklassen der Fall ist (vgl. Abbildung 7). Dieses Ergebnis ist auf Unterschiede in der Altersgruppe der 15-Jährigen zurückzuführen.

Zähle die Namen von 4 Bundesräten/Bundesrätinnen (BR) auf.

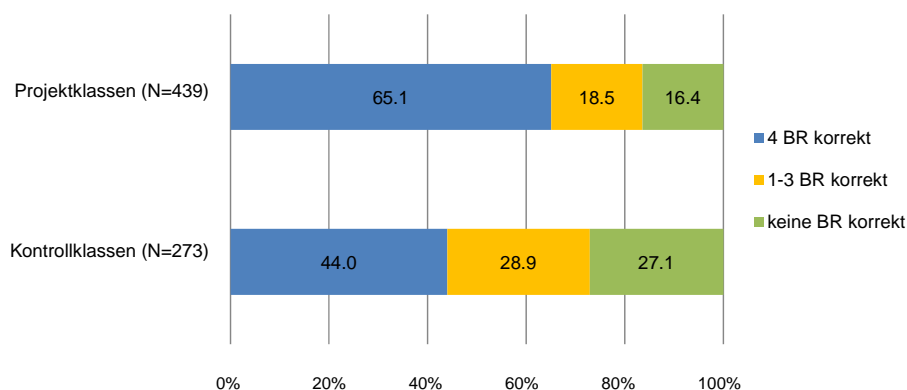


Abbildung 7: Anzahl korrekt genannter Namen von Bundesräten und Bundesrätinnen nach Projekt- und Kontrollklassen

Bei den beiden offen gestellten Fragen „Was ist eine parlamentarische Kommission?“ und „Was verstehst du unter Gewaltentrennung/Gewaltenteilung?“ werden für die Auswertung diejenigen Antworten, in denen eine umfassende Definition, eine teilweise Definition oder einzelne Aspekte einer Definition enthalten waren, unter „(teilweise) richtige Antwort“ zusammengefasst und die falschen, unsinnigen und „weiss nicht“ Antworten unter „falsche Antwort/weiss nicht“ subsummiert.

²³ Vorgegebene Antwortmöglichkeiten: „das Volk“, „der Ständerat“, „der Nationalrat“, „die Vereinigte Bundesversammlung“, „weiss nicht“.

Insgesamt können 29.2% der befragten Jugendlichen die Frage, was eine parlamentarische Kommission sei, (teilweise) richtig beantworten.²⁴ Innerhalb der Projektklassen sind es 46.5%, innerhalb der Kontrollklassen nur 0.8%, die (teilweise) erklären können, was eine parlamentarische Kommission ist (vgl. Abbildung 8). Was unter Gewaltentrennung zu verstehen ist, können insgesamt 21.3% der Schülerinnen und Schüler (teilweise) richtig beantworten.²⁵ Innerhalb der Projektklassen sind es 28% und innerhalb der Kontrollklassen 10.4% (vgl. Abbildung 8).

Projektklassen und Kontrollklassen unterscheiden sich auch bei diesen beiden offenen Fragen: Teilnehmende der Projektklassen geben wesentlich häufiger (teilweise) richtige Antworten als es bei Lernenden der Kontrollklassen der Fall ist.

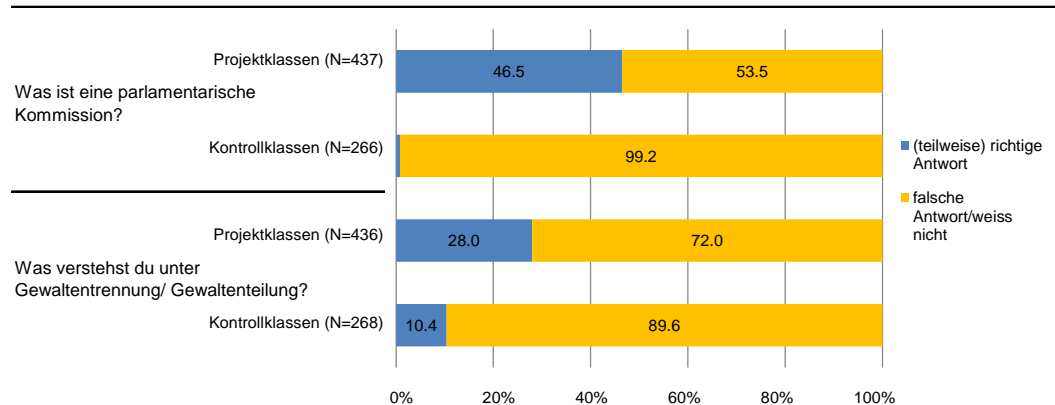


Abbildung 8: Grundwissen bezüglich parlamentarischer Kommission und Gewaltenteilung nach Projekt- und Kontrollklassen

Die offen gestellte Frage „Wer bildet die Exekutive (ausführende Behörde) auf Bundesebene?“ können von 707 befragten Schülerinnen und Schülern insgesamt lediglich 29.3% korrekt beantworten. 70.7% der Befragten beantworten die Frage nicht korrekt. Die Antworten der Teilnehmenden der Projektklassen (N=436) und Kontrollklassen (N=271) unterscheiden sich wiederum: Die Lernenden der Projektklassen können die Frage wesentlich häufiger korrekt beantworten (39.4%) als die Lernenden der Kontrollklassen (12.9%).

3.2.5 E5: Bereitschaft zur aktiven Partizipation

Um die Bereitschaft zur aktiven Partizipation an der Politik zu erfassen, wurden die Schülerinnen und Schüler gefragt, ob sie die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechts auf 16 Jahre befürworten, ob sie – aus ihrer heutigen Perspektive – mit 18 Jahren abstimmen und wählen gehen werden und für welche Anliegen sie Unterschriften sammeln würden.

Insgesamt 34.7% der Teilnehmenden befürworten die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre, 40.8% lehnen „Stimmrechtsalter 16“ ab und 24.5% beziehen dazu keine Position. Innerhalb der Projektklassen befürworten 35.8% „Stimmrechtsalter 16“, in den Kontrollklassen sind es 33.0%. 43.2% der Lernenden in den Projektklassen und

²⁴ Eine teilweise richtige Antwort wäre hier, wenn die Lernenden beispielsweise nur einen Aspekt der parlamentarischen Kommission nennen, wie zum Beispiel „Sitzung von Parlamentariern“ oder „Vorbesprechung Initiative“.

²⁵ Eine teilweise richtige Antwort wäre hier, wenn die Lernenden die Namen der drei Gewalten nennen können oder einzelne Aspekte der Gewaltentrennung. Zum Beispiel folgende: „Einer kann nicht alles bestimmen“, „Niemand hat zu viel Einfluss auf die Politik der Schweiz“ oder „Wenn die Gewalten unabhängig voneinander arbeiten.“

36.9% der Kontrollklassen fänden eine Herabsetzung des Stimmrechtsalters nicht gut. 20.9% der Projektklassen und 30.1% der Kontrollklassen ist es „egal“, ob das Stimmrechtsalter herabgesetzt wird (vgl. Abbildung 9). Die Projekt- und die Kontrollklassen unterscheiden sich insofern, als dass es den Lernenden der Kontrollklassen häufiger egal ist, ob man bereits mit 16 Jahren abstimmen und wählen darf.

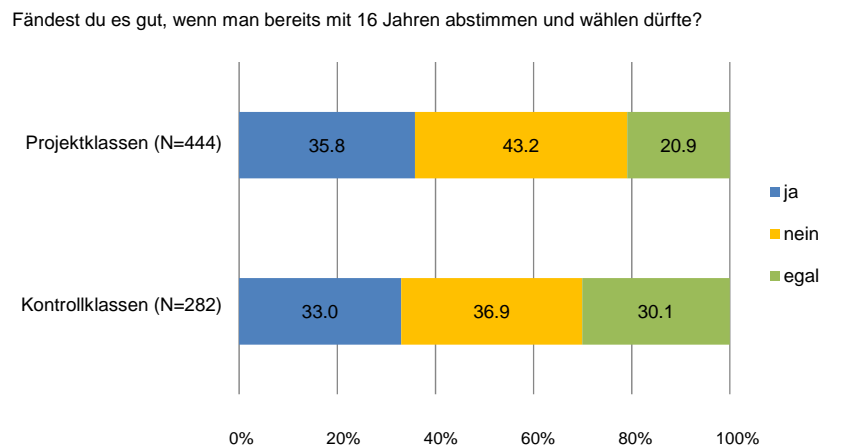


Abbildung 9: Einstellung zur Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre nach Projekt- und Kontrollklassen

Welches sind die Begründungen, welche die Befragten für ihre Antworten liefern?²⁶ Diejenigen Befürworter in beiden untersuchten Gruppen, die Begründungen genannt haben, begründen ihre Meinung hauptsächlich mit zwei Argumenten: Mit dem Recht der Jugendlichen auf Mitbestimmung (84 Nennungen) sowie damit, dass Jugendliche mit 16 Jahren bereits genügend reif seien und über genügend Wissen verfügten, um die demokratischen Rechte in Anspruch nehmen zu können (82 Nennungen). Während in den Kontrollklassen das „Recht auf Mitbestimmung“ am häufigsten genannt wird, ist es in den Projektklassen die Überzeugung, dass die Jugendlichen bereits reif genug seien (vgl. Tabelle 8).

Die Ansicht, dass auch die Stimmen der Jugendlichen gehört werden sollten, wurde 65 Mal genannt. Dass durch eine frühere Partizipationsmöglichkeit auch das Interesse der Jugendlichen an der Politik gesteigert werden könnte, bringen nur wenige als Begründung vor (24 Nennungen). Die Einsatzbereitschaft im „Dienste der Schweiz“ ist bei den Begründungen für diese Frage kaum ein Thema. „Das würde mich sehr beeindruckend und glücklich machen da ich schon früher zum Wohl des Landes beitragen könnte“²⁷ ist eine einsame, wenn auch eindruckliche Stimme (vgl. Tabelle 8).

²⁶ Nur diejenigen, die „ja“ oder „nein“ antworteten, wurden nach einer Begründung gefragt.

²⁷ Die Zitate sind wörtlich übernommen, Rechtschreibfehler wurden korrigiert.

Tabelle 8: Begründungen für die Befürwortung der Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre

	KK (N=93)	PK (N=159)	Anzahl Nennungen
Recht auf Mitbestimmung	35	49	84
Jugendliche haben mit 16 genügend Wissen und Reife für politische Entscheidungen	25	57	82
Meinung der Jungen soll gehört werden	23	42	65
Jugendliche würden sich mehr für Politik interessieren	8	16	24
Man könnte das Schulwissen anwenden	0	7	7
Es gäbe mehr Jugendliche in der Politik	0	7	7
Andere ²⁸	9	9	18

KK=Kontrollklassen; PK=Projektklassen

Bei der Begründung der ablehnenden Haltung (vgl. Tabelle 9) wird am meisten angeführt (186 Nennungen), dass 16-Jährige zu wenig reif seien und über zu wenig Erfahrung verfügten, um abstimmen und wählen zu gehen. Als weitere Argumente für die Ablehnung des „Stimmrechtsalters 16“ werden angeführt: Es fehle den Jugendlichen an Wissen (87 Nennungen) und am nötigen Interesse (45 Nennungen), um politische Entscheidungen fällen zu können bzw. zu wollen. Exemplarisch ist die folgende Äusserung: „Ich finde viele sechzehnjährige Menschen können noch nicht richtig abstimmen, weil sie gar nichts über die Schweizer Politik wissen, darum bin ich eher dagegen.“

Weiter wird 24 Mal die Befürchtung geäussert, dass die Jugendlichen die Abstimmungen und Wahlen zu wenig ernst nehmen würden. Manche Schülerinnen und Schüler begründen ihre Ablehnung auch damit, dass 16-Jährige „leicht zu beeinflussen“ seien (21 Nennungen). 15 Mal wird darauf aufmerksam gemacht, dass man mit 16 noch nicht mündig sei, also von Gesetzes wegen gar nicht abstimmen und wählen dürfe.

Tabelle 9: Begründungen für die Ablehnung der Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre

	KK (N=104)	PK (N=192)	Anzahl Nennungen
Jugendliche haben mit 16 zu wenig Reife und Erfahrung, um politische Entscheidungen zu treffen	64	122	186
Jugendliche verfügen über zu wenig Wissen	32	55	87
Jugendliche haben zu wenig Interesse an Politik	10	35	45
Jugendliche nähmen ihre Aufgabe nicht ernst genug	10	14	24
Jugendliche sind leicht zu beeinflussen	5	16	21
Jugendliche sind „unmündig“	5	10	15
Andere	1	0	1

KK=Kontrollklassen; PK=Projektklassen

²⁸ Zur Kategorie „Andere“ werden sämtliche alternative Nennungen sowie sinngemäss falsche Begründungen gezählt (z. B. wenn jemand zwar angibt, für die Herabsetzung zu sein, dann aber in der Argumentation eine negative Begründung anfügt).

Die zweite Frage zur aktiven Partizipation betrifft die Einschätzung der eigenen Bereitschaft, nach Erreichen der Mündigkeit die politischen Rechte zu nutzen.

Insgesamt 83.5% der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie (sicher oder eher) abstimmen und wählen gehen werden, wenn sie 18 sind (vgl. Abbildung 10). Bei den verbleibenden 16.5% wird das nach eigener Aussage eher oder sicher nicht der Fall sein. Bei der Beantwortung dieser Frage lassen sich zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen keine Unterschiede finden.

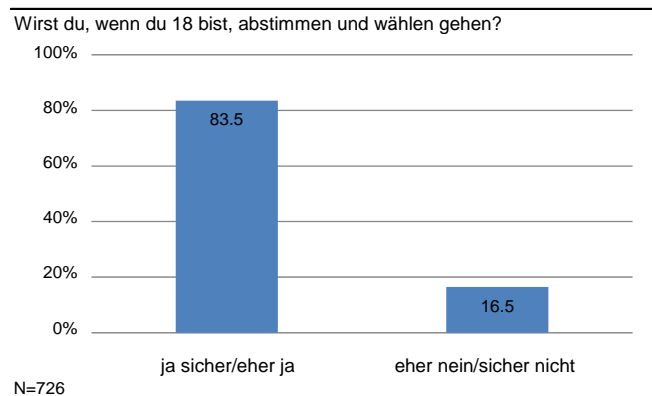


Abbildung 10: Einschätzung der eigenen Bereitschaft mit 18 abzustimmen und zu wählen

Welches sind die Begründungen, welche die Lernenden für ihre geäußerte Bereitschaft zur Partizipation liefern? Von denjenigen, die eine Begründung nennen, wird 259 Mal angegeben, das politische Geschehen mitbestimmen und die eigene Meinung vertreten zu wollen. Sowohl in den Projektklassen als auch in den Kontrollklassen ist dies das meist genannte Argument (vgl. Tabelle 10).

Anders als bei der Frage zum „Stimmrechtsalter 16“ wird hier als weiterer Grund für die vermutete künftige Partizipation angegeben (107 Nennungen), aktiv zur Entwicklung und Zukunft der Schweiz beitragen zu wollen und dadurch etwas verändern zu können. „Ich will das Land verändern und die wählen, bei welchen ich glaube, sie können das Land vertreten“, sagt ein Schüler/eine Schülerin. In den Kontrollklassen wird dieses Argument am zweithäufigsten genannt, in den Projektklassen steht das Argument an dritter Stelle.

Zahlreiche Befragte in beiden Gruppen liefern eine normative Begründung im Sinne von „partizipieren ist wichtig“ (109 Nennungen) oder „jede Stimme zählt“ (38 Nennungen) für die vermutete künftige Partizipation: „Car c'est important de faire des choix pour la population.“ Das Interesse an Politik geben mit 41 Nennungen nur verhältnismässig wenig Schülerinnen und Schüler als Grund für ihre vermutete künftige Partizipation an.

Auffallend ist, dass die Aussage, bei wichtigen Themen abstimmen gehen zu wollen, sowohl als Begründung für eine Bejahung (74 Nennungen, vgl. Tabelle 10) als auch für die Verneinung (11 Nennungen, vgl. Tabelle 11) aufgeführt wird: „Ich werde nur teilweise abstimmen. Und zwar nur die Themen, die mich interessieren und die mich betreffen.“

Tabelle 10: Begründungen für die Aussage, mit 18 Jahren von den politischen Rechten sicher oder eher (ja sicher, eher ja) Gebrauch machen zu wollen

	KK (N=229)	PK (N=377)	Anzahl Nennungen
Ich will mitbestimmen und die eigene Meinung vertreten	113	146	259
Partizipieren ist wichtig	53	56	109
Möchte/kann zur Entwicklung und Zukunft der Schweiz beitragen und etwas verändern	61	46	107
Würde (nur) bei wichtigen Themen abstimmen	25	49	74
Ich interessiere mich für Politik	10	31	41
Jede Stimme zählt	17	21	38
Wer partizipiert ist besser informiert	5	9	14
Andere	17	12	29

KK=Kontrollklassen; PK=Projektklassen

Diejenigen, die die Rechte als Bürgerin oder Bürger nach eigener Aussage vermutlich auch mit 18 nicht oder eher nicht in Anspruch nehmen werden, geben hierfür verschiedene Begründungen an (vgl. Tabelle 11). Das mangelnde Interesse wird 48 Mal als Grund für die Aussage angegeben: „Parce que ça ne m'intéresse pas et que j'ai d'autre chose à faire.“ Sowohl in den Projekt- als auch in den Kontrollklassen ist dies das am häufigsten genannte Argument für die Einschätzung, später nicht abstimmen oder wählen zu gehen. 26 Mal wird angegeben, dass Befragte keine Schweizer Bürgerinnen/Bürger seien und deshalb mit 18 eher nicht abstimmen und wählen gehen werden (oder nicht können). Weiter werden Gleichgültigkeit oder Unlust (14 Nennungen) als Gründe angeführt oder es wird begründet, lediglich bei „wichtigen Themen“ abstimmen zu wollen (11 Nennungen).

Tabelle 11: Begründungen für die Aussage, mit 18 Jahren von den politischen Rechten eher nicht oder sicher nicht Gebrauch machen zu wollen

	KK (N=53)	PK (N=67)	Anzahl Nennungen
Interessiere mich nicht für Politik	21	27	48
Bin keine Schweizerin/kein Schweizer	8	18	26
Keine Lust/Gleichgültigkeit	8	6	14
Würde (nur) bei wichtigen Themen abstimmen	5	6	11
Mangelnde Erfahrung/Reife/Wissen	4	1	5
Meine einzelne Stimme bewirkt nichts	1	1	2
Andere	3	1	4

KK=Kontrollklassen; PK=Projektklassen

Um die Bereitschaft zur aktiven Partizipation zu eruieren, wurden die Schülerinnen und Schüler drittens gefragt, für welche Anliegen sie Unterschriften sammeln würden. Dabei waren verschiedene Antwortmöglichkeiten vorgegeben, von denen mehrere gewählt werden konnten (vgl. Abbildung 11).

Für diese(s) Anliegen würde ich Unterschriften sammeln (mehrere Antworten möglich):

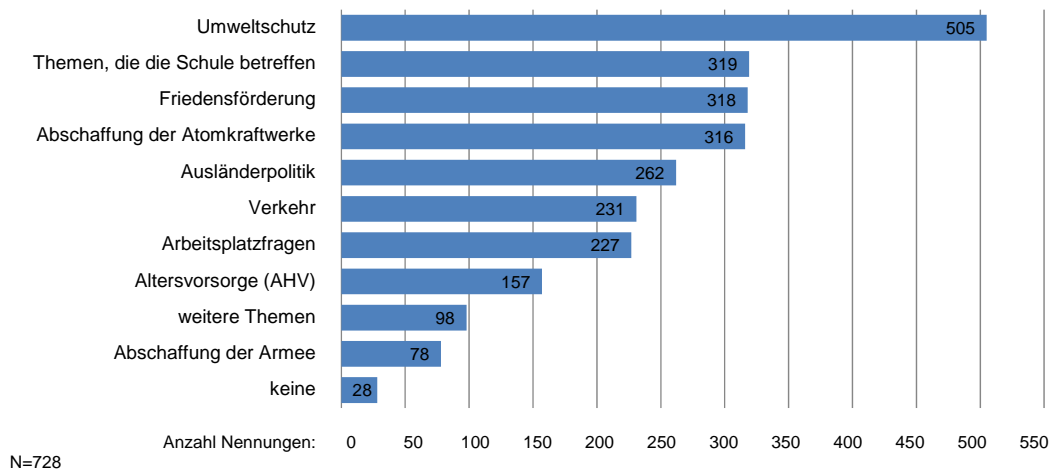


Abbildung 11: Anliegen, für die Unterschriften gesammelt werden würden

Der Umweltschutz scheint für die Lernenden aus beiden untersuchten Gruppen *das* zentrale Thema zu sein. 505 Mal wird angegeben, dass die Lernenden bereit wären, für dieses Thema Unterschriften zu sammeln. In diesem Zusammenhang erklären 316 Lernende, dass sie sich für die Abschaffung der Atomkraftwerke einsetzen würden. Auch die Friedensförderung (318) sowie Schulfragen (319) sind für zahlreiche Befragte so bedeutsam, dass sie sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen würden. Für die Ausländerpolitik (262), Verkehrs- (231) und Arbeitsplatzfragen (227) würden sich laut eigenen Angaben immer noch zahlreiche Jugendliche engagieren, während das Thema AHV lediglich 157 der Befragten zur Sammlung von Unterschriften animieren könnte. Für die Abschaffung der Armee – Ende der 1980er Jahre noch eines der brennenden Themen der Jugend – würden sich heute nur rund 78 der befragten Jugendlichen ins Zeug legen.

Insgesamt fällt auf, dass nur wenige Jugendliche (28) aussagen, für keines der Themen mittels Unterschriftensammlung politisch aktiv zu werden. Die meisten Befragten geben an, sich für bestimmte Anliegen einzusetzen und sich engagieren zu wollen. Unter „weiteren Themen“, für die sie Unterschriften sammeln würden, nennen die Lernenden die Legalisierung von Cannabis oder den Jugendschutz. Daneben wird auch der Tierschutz aufgeführt.

Unterschiede zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen bestehen bei fünf Themen: Die Anliegen „Umweltschutz“, „Verkehr“, „Themen, die die Schule betreffen“, „Ausländerpolitik“ und „weitere Themen“ werden von Lernenden der Projektgruppe häufiger genannt als von Lernenden der Kontrollgruppe. Bei der „Ausländerpolitik“ und den „Themen, die die Schule betreffen“, sind diese Unterschiede auf die Altersgruppe der 15-Jährigen zurückzuführen.

4 Zusammenfassung und Fazit

Die vorliegenden Ergebnisse leiten sich aus einer ersten Befragung im Jahr 2011 ab. In Bezug auf die allgemeine Einschätzung des Projekts „Schulen nach Bern“ ist eine positive Einschätzung des Lernerfolgs der Lernenden, sowie eine grosse Zufriedenheit mit der Anlage des Projekts, insbesondere des Simulationsspiels festzustellen. Die Tatsache, dass ein Grossteil der Lernenden angibt, die Nationalratsdebatte habe sie „richtig gepackt“, spricht für die gewählte Form des Projekts. Wer einmal die Gelegenheit hatte, an einer dieser Debatten teilzunehmen, kann die Ernsthaftigkeit und den Eifer, mit welchen die jungen „Nationalrätinnen“ und „Nationalräte“ debattieren und abstimmen, nur bewundern. Erfreulich ist, dass auch die sprachliche Durchmischung in den „Kommissionen“ trotz wahrgenommener Unterschiede als Gewinn betrachtet wird. Neben der Begeisterung für das Projekt, welche für das politische Lernen förderlich ist, zeigen sich auch in Bezug auf die Erreichung der Projektziele interessante Ergebnisse.

Lernende, welche am Projekt „Schulen nach Bern“ teilgenommen haben, geben signifikant häufiger an, sich für Politik zu interessieren. Damit ist das Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler sich nach der Projektwoche für Politik interessieren, erfüllt.

Projekt- und Kontrollklassen unterscheiden sich hingegen weder bei der Zustimmung zu der Aussage „Ich informiere mich täglich über Politik“ noch bei der täglich aufgewendeten Zeit, um sich über Politik zu informieren. Das ist insofern nicht weiter erstaunlich, als dass die Befragung in der ersten Woche nach der Projektwoche stattgefunden hat und sich somit die Antworten der Jugendlichen auf diese Frage auf die Zeit vor der Projektwoche beziehen. Ein Unterschied zwischen Projekt- und Kontrollklassen war deshalb nicht zu erwarten. Es ist indes zu hoffen, dass das Projekt längerfristig auch diesbezüglich positive Effekte haben wird.

Auch bezüglich des Projektziels der Förderung der Entwicklung des politischen Selbstkonzepts lässt sich aufgrund der Auswertung der ersten Resultate eine positive Wirkung der Projektteilnahme vermuten. Lernende, welche an der Projektwoche teilgenommen haben, verfügen im Durchschnitt über ein stärker entwickeltes politisches Selbstkonzept als Lernende, welche nicht am Projekt teilgenommen haben. Dieser Unterschied zeigt sich einerseits in Bezug auf die Einschätzung der Wichtigkeit, sich mit Politik auseinanderzusetzen. Dieser Aussage stimmen Schülerinnen und Schüler der Projektklassen häufiger zu als Teilnehmende der Kontrollklassen und signalisieren so eine normative Zustimmung zur Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit Politik. Andererseits stimmen Lernende der Kontrollklassen der Aussage „Die Politik behandelt hauptsächlich Themen, die mich nichts angehen“ häufiger zu, als es Teilnehmende der Projektklassen tun.

Eine Mehrheit (56%) der Jugendlichen geht davon aus, als Einzelperson nur wenig Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen zu können. Bei den Lernenden der Projektklassen ist diese Annahme weniger stark ausgeprägt (50.6%) als dies bei Lernenden der Kontrollklassen der Fall ist (64.6%). Die Aussage „Politiker können Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ erfährt bei Lernenden der Projektklassen eine Zustimmung von 92.8% und bei den Lernenden der Kontrollklassen von 84.9%. Zusammengefasst lässt sich auf Grund der analysierten Fragen konstatieren, dass Lernende, welche am Projekt teilgenommen haben, für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger eher sensibilisiert sind, obschon auch sie ihre Einflussmöglichkeiten insgesamt als gering betrachten.

Ein weiteres Ziel des Projekts ist es, dass die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennenlernen. Dieses Wissen beinhaltet zentrale Kenntnisse in Bezug auf die politischen Inhalte, Institutionen und Prozesse der halbdirekten Demokratie. Den ersten Ergebnissen nach zu urteilen, können die Lernenden der Projektklassen ausgewählte Wissensfragen (Volksinitiative, Bundesrat, Kommission) besser

beantworten als die Lernenden in den Kontrollklassen. Da das Planspiel auf die Volksinitiative und deren parlamentarische Behandlung in Kommissions- und Fraktions-sitzungen fokussiert, ist anzunehmen, dass die Lernenden der Projektklassen hierbei auf ein fundiertes Wissen zurückgreifen konnten.

Bezüglich der beiden Projektziele, erstens die Motivation zu fördern, als Erwachsene politisch aktiv zu werden und zweitens die Bereitschaft, das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch zu nehmen, sind entgegen der Erwartungen kaum Unterschiede auszu-machen. Sowohl bei den Projekt- als auch bei den Kontrollklassen befürwortet rund ein Drittel die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre. Auf den ersten Blick wäre zu vermuten gewesen, dass die Teilnehmenden am Projekt „Schulen nach Bern“ eine Herabsetzung des Stimmrechtsalters häufiger befürworten würden als die Kontroll-klassen, die keine Gelegenheit hatten, die politischen Prozesse in einem Planspiel aktiv zu erleben. Ein Unterschied ist darin zu verzeichnen, dass es den Projektteilnehmenden weniger „egal“ ist (20.9%) als den Lernenden der Kontrollklassen (30.1%), ob das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt wird oder nicht.

Von diesen Resultaten abzuleiten, dass die Jugendlichen die politischen Rechte mit Erreichen der Volljährigkeit nicht wahrnehmen wollten, wäre falsch – im Gegenteil! – 83.5% aller befragten Jugendlichen geben an, mit 18 sicher oder eher abstimmen und wählen gehen zu wollen. Dieser Prozentsatz liegt weit höher als die reale Partizipation. Beispielsweise beteiligten sich 2011 lediglich 48.5% der Wahlberechtigten an den Nationalratswahlen. 49.2% legten ihren Stimmzettel für oder gegen die Waffeninitiative (13.2.2011) in die Urne.²⁹

Die Jugendlichen zeigen insgesamt eine hohe Bereitschaft, sich mittels Unterschriften-sammlung für solche Themen zu engagieren, welche für sie eine lebensweltliche Be-deutung zu haben scheinen – wie etwa der Umwelt- oder Tierschutz sowie Schulfragen.

Um die Auswirkung des Projekts auf die effektive Partizipation der Lernenden messen zu können, ist es unumgänglich, die Idee einer Langzeitstudie weiter zu verfolgen. Die Erarbeitung möglicher Messinstrumente sowie die organisatorischen Überlegungen werden, neben den künftigen Befragungen, die nächsten Schritte sein, die es einzu-leiten gilt.

Im Februar 2012 haben erneut 10 Klassen am Planspiel in Bern teilgenommen, im Oktober/November 2012 werden weitere Projektwochen folgen. Die ersten Ergebnisse der Evaluation sind ermutigend und es ist zu hoffen, dass der Verein „Schulen nach Bern“ weiterhin breite Unterstützung genießt, um möglichst vielen Jugendlichen diesen lebendigen und lernfördernden Einblick in ein Stück Schweizer Politik ermöglichen zu können.

²⁹ Statistiken zur Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen können abgerufen werden unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de> (25.2.2012).